

(2000/C 203 E/139)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2001/99
von David Bowe (PSE) an die Kommission

(9. November 1999)

Betrifft: Dumping-Einfuhren von polnischer Kohle

Schätzungen zufolge exportieren polnische Kohleförderer jedes Jahr eine Million Tonnen subventionierter Kohle in das Vereinigte Königreich, mit entsprechenden Folgen für den britischen Kohlemarkt. Der britische Minister für Handel und Industrie hat auch schon bei den polnischen Behörden Beschwerde eingelegt, um den Dumping-Absatz von Kohle auf dem britischen Markt zu stoppen.

Was hat die Kommission gegebenenfalls bereits unternommen, um die Dumping-Einfuhren subventionierter polnischer Kohle zu unterbinden? Gedenkt die Kommission in Zukunft Antidumping-Maßnahmen gegen polnische Kohleförderer zu ergreifen?

Antwort von Herrn Lamy im Namen der Kommission

(1. Dezember 1999)

Die Kommission hat bisher nichts gegen die Kohleinfuhren aus Polen unternommen.

Die Einleitung einer Antidumping- oder Antisubventions-Untersuchung ist nur möglich nach Vorlage eindeutiger und auf Belege gestützter Beweise für schädigendes Dumping oder nachteilige Subventionierung, was normalerweise in Form eines ordnungsgemäß begründeten Antrags des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft erfolgt. Maßnahmen können nur eingeführt werden, nachdem eine Untersuchung schadensverursachendes Dumping oder nachteilige Subventionierung bestätigt hat, und wenn das Interesse der Gemeinschaft ein Eingreifen erfordert.

Bisher hat die Kommission keinen Antrag betreffend die Einfuhren dieses Erzeugnisses aus Polen erhalten.

Sollten ein Antrag oder einschlägiges Beweismaterial für nachteiliges Dumping oder nachteilige Subventionierung vorgelegt werden, so wird die Kommission sie mit höchster Aufmerksamkeit prüfen.

(2000/C 203 E/140)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2002/99
von Olivier Dupuis (TDI) an den Rat

(9. November 1999)

Betrifft: Iran Aid

Iran Aid ist eine 1983 gegründete britische karitative Organisation, die humanitäre Hilfe für unterdrückte oder notleidende Menschen im Iran leistet, insbesondere Waisenkinder aus jedwedem ethnischen, religiösen oder politischen Umfeld, wobei vorrangig Kinder von Personen berücksichtigt werden, die vom Regime als Mohareb oder Dissidenten hingerichtet worden sind. In letzter Zeit sind sie im Iran selbst betreut worden. Diese Art von Hilfe verstößt gegen ein Fatwa (religiöser Erlaß), wodurch die Helfer selbst zu Mohareb werden und die entsprechenden Strafen zu erwarten haben. Aus diesem Grund müssen das operative Netzwerk von Iran Aid ebenso wie die Identität und der Aufenthaltsort der Empfänger der Hilfe geheim bleiben. Im Laufe der Jahre sind viele freiwillige Helfer bei ihrer Arbeit für die Organisation inhaftiert, gefoltert und sogar getötet worden.

Seit Mai 1998 laufen gegen Iran Aid Ermittlungen wegen angeblicher Kontakte zu einer Terrororganisation, sie mußte ihre Tätigkeit einstellen, und alle ihr gehörenden Dokumente wurden beschlagnahmt. Die leitenden Mitarbeiter der karitativen Organisation befürchten, daß die sensibelsten Akten, die detaillierte Angaben über die Empfänger enthalten, publik werden und die iranische Regierung Kenntnis davon erhält. Wie die Medien und für die karitative Organisation tätige Aktivisten berichten, haben der iranische Geheimdienst und die Polizei bereits die Namen einiger freiwilliger Helfer im Iran herausgefunden, und seit kurzem läuft eine erbitterte Repressionskampagne gegen sie.

Welche Auskünfte kann der Rat zu diesem Fall geben?